M 4511 E

# liberal

Heft 9 23. Jahrgang September 1981 ISSN 0459-1992

Beiträge zur Entwicklung einer freiheitlichen Ordnung

INGRID MATTHÄUS-MAIER

## Warum müssen wir sparen? Wie müssen wir sparen?

KARL-HEINRICH HANSMEYER

## Einige Bemerkungen zum Sparhaushalt 1982

MARTIN GRALHER

## Überschätzt oder verkannt?

KLAUS VON DER ROPP

## Südafrika zwischen schwarzem Protest und weißem Dennoch

# Südafrika zwischen schwarzem Protest und weißem Dennoch

*Klaus von der Ropp*

## *I. Vorbemerkungen*

Es ist kaum drei Jahre her, daß die Probleme des südlichen Afrikas über viele Monate Tag für Tag den führenden Tageszeitungen der westlichen Welt Schlagzeilen lieferten. Im deutschen Sprachraum, an den Entwicklungen im damaligen britischen Protektorat Süd-Rhodesien kaum interessiert, bedeutete dies eine Konzentration der Berichterstattung wie auch der westdeutschen Außenpolitik auf die Fragen der politischen Zukunft SWAs/Namibias und Südafrikas. Sie verdrängten seinerzeit viele der bis dahin für viel wichtiger gehaltenen Probleme der internationalen Politik. Ganz gewiß zeigte sich hier in der Bundesrepublik die Handschrift des an den Fragen der Dritten und Vierten Welt besonders interessierten H.-D. Genschers.

Wer sich hingegen heute um detaillierte Informationen zu den Geschehnissen in SWA/Namibia und in der Republik Südafrika bemüht, der wird selbst in den bedeutenden Tages- und Wochenzeitungen kaum noch fündig werden. Das erscheint angesichts der Dringlichkeit u. a. von Haushalts- und Wirtschaftsproblemen in der Bundesrepublik, angesichts der nach wie vor prekären Situation Polens wie auch der tiefgreifenden Veränderungen im Ost-West-Verhältnis zunächst verständlich. Andererseits ist aber zu berücksichtigen, daß von den seinerzeit so intensiv diskutierten politischen Problemen Afrikas in der Zwischenzeit nicht eines hat gelöst oder auch nur einer Lösung hat näher gebracht werden können. Ganz im Gegenteil, die Fronten erscheinen 1981 verhärteter denn je zuvor.

In Südafrika, ebenso in SWA/Namibia, droht so nach wie vor die Intensivierung eines bewaffneten Konfliktes, dessen eigentliche Ursache, der vielfältige Interessengegensatz zwischen schwarzen und weißen Afrikanern, zunehmend von einer ihm im Grunde fremden Ost-West-Komponente überlagert wird. Die inneren Entwicklungen in einer anderen, wirtschaftlich und strategisch gleichfalls sehr bedeutsamen Region, dem Persisch/Arabischen Golf, verdeutlichen, welche Gefahren Instabilitäten zunächst nur regionaler Natur für den Weltfrieden heraufbeschwören können. Zudem lasten die politischen Probleme SWAs/Namibias und Südafrikas nach wie vor wie eine schwere Hypothek auf den ohnehin nicht unproblematischen Beziehungen der westlichen Industriestaaten zu den Ländern der Dritten und Vierten Welt, vor allem jenen des schwarzen Afrikas. Die Tolerierung

(oder gar Stützung) des Status quo, insbesondere in Südafrika, durch westliche Staaten bieten der UdSSR und ihren Verbündeten eine nahezu ideale Gelegenheit, ihren bislang eher bescheidenen Einfluß im schwarzen Afrika trotz des Umstandes auszuweiten, daß ihre Leistungen auf entwicklungspolitischem Sektor hier bislang dürftig geblieben sind. Einzig die sowjetische und osteuropäische Unterstützung für die gegen die Regierungen in Pretoria und Windhoek operierenden schwarzafrikanischen Befreiungsbewegungen gibt der östlichen Hegemonialmacht überhaupt eine Chance in Afrika. Denn sie befindet sich mit ihrer Haltung hier im weitgehenden Einvernehmen mit praktisch allen 50 Mitgliedsstaaten der *Organisation für Afrikanische Einheit* (OAE), die seit Jahr und Tag nur weniges unversucht lassen, um die verbliebenen weißafrikanischen Regierungen zu stürzen.

*II. Alte und neue Aspekte westlicher Südafrikapolitik*

Spätere Geschichtsschreiber werden vielleicht feststellen, daß die hier entscheidenden westlichen Länder die Instabilität der Ordnungen SWAs/Namibias und Südafrikas zwar spätestens Mitte der 70er Jahre erkannt, jedoch aus dieser Erkenntnis letztlich keine Konsequenz für ihre Politik zogen. Dem kann nicht entgegengehalten werden, daß die Regierung des inzwischen abgewählten amerikanischen Präsidenten J. Carter einen auf radikalen politischen Wandel in SWA/Namibia und Südafrika abzielenden Weg beschritten habe. Zwar wurde in dieser Zeit in Washington die Unhaltbarkeit des dortigen Status quo sehr viel deutlicher als in früheren Jahren erkannt. Jedoch erwiesen sich die maßgeblich von dem eben nur in der amerikanischen Innenpolitik ausgewiesenen damaligen UN-Botschafter der USA, Andrew Young, konzipierten Vorstellungen von einer Lösung des südafrikanischen Dilemmas *(»Übertragung des ›amerikanischen Modells‹ auf den Mehrvölkerstaat Südafrika«)* als glatter Fehlschlag. Die Politik Andrew Youngs, so engagiert sie auch war, war schlicht untauglich! Treffend hat das jener Journalist, nämlich Klaus Natorp, erkannt, der die Afrikapolitik H. D. Genschers mit besonders viel Interesse und gewiß nicht ohne Sympathie verfolgte (vgl. etwa FAZ vom 12. September 1980, S. 1 *»Den Weißen eine Chance geben«)*. Die Politik der Regierung J. Carters und Andrew Youngs tat gerade das nicht und war von daher dilettantisch und naiv. Sie war, statt an der südafrikanischen Realität, an den Erfahrungen bei der Überwindung der Segregationspolitik im Süden der USA wie auch an den naturgemäß einseitigen und parteiischen Forderungen des schwarzen Südafrikas und der OAE-Staaten zur künftigen Gestalt der Republik am Kap orientiert.

In ihrer Leichtfertigkeit übersah die Carter-Administration, daß, aus eigener Kraft wie auch durch die ebenso vielfältige wie intensive Zusammenarbeit mit dem Westen, in mehr als drei Jahrhunderten in Pretoria/Kapstadt eine weißafrikanische Nation herangewachsen ist, die, ähnlich Israel im Nahen Osten, als einer von mehreren Machtfaktoren bei der Gestaltung einer Friedensordnung in das politische Kalkül einbezogen werden muß. Wer das, wie Andrew Young und seine Gefolgsleute, übersieht, der bewirkt keine Lösung sondern, wie dann auch in der

zweiten Hälfte der 70er Jahre geschehen, eine kontinuierliche Verschärfung des Südafrika-Konfliktes. Wer aber, was ein selbstverständliches Gebot sein sollte, dem schwarzen Südafrika bei der Verwirklichung seines Rechts auf Selbstbestimmung verhelfen will, der muß zuvor, schwarzafrikanischen Widerständen aller Art zum Trotz, das Existenzrecht dieser weißafrikanischen Nation und der beiden braunafrikanischen Minderheiten sichergestellt haben. Das ist nicht nur eine Forderung politischer Moral sondern die zwingende Konsequenz jeder sorgfältigen Analyse des innersüdafrikanischen Kräftespiels. Die F.D.P. hat dies sehr viel deutlicher als andere Parteien erkannt. Denn in ihrem Programm für die Bundestagswahl vom 5. Oktober 1980 äußert sie, die Partei des Bundesaußenministers, zum Stichwort *»Rassendiskriminierung/Südafrika«* u. a. *»Diese neue Ordnung muß das Selbstbestimmungsrecht der Mehrheit wie auch die«* (machtpolitische) *»Absicherung des Existenzrechts der Minderheit als voneinander abhängige Elemente enthalten.«*

Was die Gestaltung der neuen amerikanischen Südafrikapolitik anbelangt, so sollte, allen Stellungnahmen ultrakonservativer Kreise in der Reagan-Administration zum Trotz, aufhorchen lassen, mit welcher Sympathie und Genugtuung weißafrikanische Liberale wie Harry Schwarz, John Rees, Alec Boraine, Nic Olivier, Frederik Van Zyl Slabbert, Lawrence Schlemmer und Gavin Maasdorp die Ernennung des hochausgewiesenen liberalen Afrikanisten Chester A. Crocker zum *Assistant Secretary of State for African Affairs* reagierten. Die Vorstellungen Crockers von einer Lösung des Südafrika-Konfliktes[1]) sind eben, was die Mittel westlicher Einflußnahme wie auch das endliche Ziel anbelangt, maßgeblich von ihrer Partei, der kleinen, aber streitbaren *Progressive Federal Party* (PFP) beeinflußt[2]). Dasselbe gilt übrigens für die angeführte Wahlkampfaussage der F.D.P.: ihrer Formulierung gingen lange Debatten westdeutscher mit südafrikanischen Liberalen, darunter vor allem mit Harry Schwarz, Van Zyl Slabbert und Alec Boraine, voraus.

Chester A. Crockers Vorstellungen von einem innersüdafrikanischen Ausgleich orientieren sich vor allem an den im Verborgenen durchaus vorhandenen, ihm, anders als seinen Vorgängern im Amt, geläufigen Rückfallpositionen beider Konfliktparteien, also der weißen und schwarzen Südafrikaner. Crocker wird so versuchen, diese nach Art von Puzzlesteinen zusammenzufügen. Mit anderen Worten, es spricht vieles dafür, daß Crocker bemüht sein wird, den Südafrika-Konflikt durch einen radikalen Kompromiß zu lösen. Zur Debatte stehen demnach vor allem eine konkordanzdemokratische Ordnung, d. i. eine Förderation sui generis mit starker Anlehnung an das schweizerische System, und leider die sehr viel

---

1) Dazu Chester A. Crocker: »South Africa: Strategy for Change« in: Foreign Affairs (New York) 2/1980–81, S. 323–351; ders. »A U. S. Policy for the 80s«, hrsg. vom SAIIA, Braamfontein (SA), Mai 1981.

2) Zum Programm der PFP s. Klaus Frhr. von der Ropp: »Südafrikas Herausforderung an die Liberalen« in: liberal 7–8/1979, S. 614–622; ders.: »Der Süden Afrikas im Zeichen des Umbruchs« in: liberal 12/1980, S. 940–948.

wahrscheinlichere Alternative, die geographische Aufteilung Südafrikas, nach dem Vorbild u. a. des indischen Subkontinents in einen größeren schwarz- und einen entsprechend kleineren weiß/braunafrikanischen Staat[3]).

Eine derzeit nicht zu beantwortende Frage ist, ob sich Chester Crocker mit seinen Vorstellungen gegenüber ganz anders eingestellten Mitgliedern der Regierung Ronald Reagans, gegenüber den Hauptverbündeten der USA in Westeuropa und schließlich gegenüber den Parteien der weißen und schwarzen Südafrikaner durchsetzen kann. Das letztere ist derzeit kaum vorstellbar.

Gegen eine starke Stellung Crockers in der Washingtoner Regierung sprechen einige Aspekte der u. a. während der jüngsten (18.) Gipfelkonferenz der OAE-Staaten besonders scharf angegriffenen amerikanischen Südafrikapolitik: Für sehr erhebliches Aufsehen sorgten am Konferenzort Nairobi Gerüchte, nach denen sich, mit Unterstützung durch die USA, Südafrika, Argentinien und einige weitere lateinamerikanische Staaten, darunter möglicherweise auch Brasilien, zur *South Atlantic Treaty Organisation* (SATO) verbünden würden. Auch Nachrichten, nach denen die USA bereit seien, Pretoria das für die Inbetriebnahme des ersten südafrikanischen Kernkraftwerks erforderliche angereicherte Uran zu liefern, obwohl Pretoria den Non-Proliferations-Vertrag nicht unterzeichnet hat, schockierten die bis dahin eben an *»progressive«* Reden und Gesten aus dem Washington Jimmy Carters gewöhnten schwarzafrikanischen Länder. Dasselbe gilt für hier und da aufgetauchte Meldungen über die Ausbildung von Angehörigen der südafrikanischen Küstenwacht in den USA und die Lieferung von auch militärisch nutzbarer amerikanischer Elektronik an Südafrika. Überhaupt kein Verständnis bringt man in den Kreisen der OAE schließlich den Versuchen Washingtons entgegen, den von der *»Kontakt-Gruppe«* (den fünf Westmächten) gemeinsam mit SWAPO, Pretoria, den *»internen«* Parteien SWAs/Namibias, den sechs afrikanischen *»Frontstaaten«* u. a. in über vierjähriger Arbeit erstellten Plan zur Lösung des SWA/Namibia-Problems im Sinn der Vorstellungen Pretorias zu revidieren[4]).

Da Ronald Reagan bislang seine außenpolitischen Vorstellungen noch nicht in einer detaillierten Rede dargestellt hat, ist nicht auszuschließen, daß seine Politik im südlichen Afrika von Persönlichkeiten geprägt werden wird, die dem Denken des extrem konservativen Senators Jesse Helms recht nahe stehen. Mit anderen Worten, entscheidend für das Verhältnis zu Pretoria sind dann nicht Ansätze zu einer Lösung seiner internen Probleme sondern seine fanatisch anti-kommunistische Einstellung. Hier sei nur ganz kurz angedeutet, daß eine solche Politik enger Zusammenarbeit mit Pretoria einem Desaster gleichkäme. Sie würde übrigens auch innerhalb der atlantischen Allianz, die ohnehin nicht über einen Mangel an Meinungsverschiedenheiten zu klagen hat, zu ernsten Spannungen führen. Denn die Westeuropäer würden in einer pro-südafrikanischen Afrikapolitik u. a. eine

3) Vgl. dazu die in den vorstehenden Anmerkungen genannten Arbeiten.
4) S. Africa Research Bulletin, Mai 1981, Spalten 6052A–6054C.

Bedrohung ihrer so engen Kooperation mit den sechzig, überwiegend schwarzafrikanischen Unterzeichnerstaaten der Konvention von Lomé (Lomé II) sehen[5]).

Eine solche völlige Kehrtwendung amerikanischer Südafrikapolitik erscheint aber angesichts der außen- und innenpolitischen Zwänge, denen die Regierung R. Reagans nicht weniger unterworfen sein wird als ihre Vorgängerin, eher unwahrscheinlich. Eher vorstellbar ist, daß man in Washington im Verhältnis zum weißen Südafrika zunächst um die Schaffung vertrauensbildender Maßnahmen bemüht ist. Denn deren bedarf es dringend, nachdem während der Amtszeit J. Carters jedwede fruchtbare Kommunikation zwischen Pretoria einerseits und Washington wie auch etlichen anderen westlichen Hauptstädten andererseits abgebrochen war. So könnte eine Basis entstehen, auf der die neue amerikanische Administration versuchen könnte, die Vertreter der wichtigsten politischen Gruppen der schwarz- und weißafrikanischen Konfliktparteien zusammenzuführen, um sie, wie bereits kurz angesprochen, eine wie auch immer geartete Kompromißformel für die politische Zukunft Südafrikas aushandeln zu lassen.

Es darf wohl erwartet werden, daß eine solche Politik von dem mit afrikanischen Fragen hervorragend vertrauten neuen französischen Außenminister Claude Cheysson unterstützt werden wird. Alle kürzlich (Mai 1981) gelegentlich der Pariser UN/OAE-Konferenz über Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika ausgesprochenen, sich auf ältere Äußerungen[6]) François Mitterrands stützende Hoffnungen, Paris werde sich in Zukunft in dem Südafrika-Konflikt deutlich auf die Seite der Schwarzen stellen, also eine kompromißfeindliche Haltung einnehmen[7]), erscheinen reichlich verfrüht. Das ausdrückliche Festhalten der neuen französischen Regierung an dem mit Südafrika geschlossenen Vertrag über den Bau des Kernkraftwerkes bei Koeberg/Kap stützt die hier getroffene Aussage. Für die Politik Großbritanniens dürfte Entsprechendes gelten; Lord Carrington wird der Haltung Chester Crockers sehr viel näher stehen als derjenigen von dessen Vorgänger. Für die von H.-D. Genscher geprägte Südafrikapolitik der Bundesrepublik dürfte sich die Unterstützung der Südafrikapolitik Crockers von selbst verstehen. Denn sie liegt doch ganz auf der Linie der Haltung der F.D.P. zum Südafrika-Konflikt.

### *III. Erste Reaktionen der weißafrikanischen Regierung*

Sehr fraglich erscheint indessen, ob Pretoria unter Führung P. W. Bothas und seines zwar auslandserfahrenen, aber letztlich gleichfalls inflexiblen, in seinem Amt überforderten Außenministers Roelof Botha die ihm jetzt gebotene Chance

---

5) Dazu Klaus Frhr. von der Ropp: »Divergenzen und Konvergenzen zu Lomé II« in: liberal 11/1979, S. 846–859.

6) S. Alex Rondos: »Mitterrand and Africa« in: West Africa (London) vom 18. Mai 1981, S. 1074–75.

7) S. Carlos Moore: »La France contre l'apartheid« in: Jeune Afrique (Paris) vom 2. Juni 1981, S. 26–27.

nutzen wird. Nicht anders als die Mehrheit ihrer Kabinettskollegen sind sie kaum mehr als ein Spiegelbild südafrikanischer Ausweglosigkeit. Nach allem, was bekanntgeworden ist, haben sich die herrschenden Weißafrikaner der auch nach den Parlamentswahlen von Ende April 1981 souverän herrschenden *Nasionale Party van Suid-Afrika* (NP/131 von 165 der gewählten Mandatsträgern) bislang ihrerseits nicht zur Schaffung vertrauensbildender Maßnahmen im Verhältnis zum Westen durchringen können. Hier gibt es immer noch viel Hoffnung, die Politik der USA im südlichen Afrika möge in Zukunft von einer reaktionären Grundhaltung sein. Das wird allerdings von jenen afrikaans-(zum sehr viel geringeren Teil englischsprachigen)Weißafrikanern lebhaft beklagt, die, obwohl Mitglieder der NP, seit Jahren und zunehmend offen als Publizisten *(»Beeld«, »Rapport«, »Die Transvaler«, »Die Vaderland«)*, als Hochschullehrer (in Stellenbosch, Potschefstroom u. a.) und selbst als Parlamentarier und Kabinettsmitglieder, bislang ohne sonderlichen Erfolg, ihre politischen Freunde mahnen, die Rassenpolitik grundlegend zu modifizieren. Diese Persönlichkeiten *(»Dissidenten«)* fordern, die NP möge sich wesentliche Elemente des politischen Programms der liberalen Oppositionspartei *Progressive Federal Party* (PFP/26 der gewählten 165 Parlamentarier) zu eigen machen, darunter insbesondere das Postulat, die bestehende Ordnung durch eine solche zu ersetzen, die von den legitimen, heute teils im Untergrund oder Exil lebenden Repräsentanten aller Bevölkerungsgruppen des Mehrvölkerstaates Südafrika ausgehandelt wurde[8]).

Bislang hat dies alles aber keinen sichtbaren Einfluß auf die Politik Pretorias. Manchmal hat es sogar den Anschein, als richte sich das Kabinett in Pretoria eher nach den Vorstellungen des offiziellen Organs *(»Die Afrikaner«)* der bislang im Parlament noch nicht vertretenen, offen rassistischen *Herstigte Nasionale Party* (HNP) des Jaap Marais als nach den Forderungen jener Intellektuellen aus den eigenen Reihen, die nicht mit der sonst im weißen Südafrika so verbreiteten ideologischen Blindheit geschlagen sind. Pretoria wird nach alledem auch Chester A. Crocker und der übrigen Regierung R. Reagan ein sehr schwieriger und problematischer Partner sein. Man wird sich in Washington in den kommenden Jahren noch häufig eines klugen Wortes von Henry Kissinger erinnern, der nach seiner ersten Begegnung mit dem damaligen südafrikanischen Ministerpräsidenten 1976 äußerte, ihm sei mit Balthazar Johannes Vorster eine Gestalt aus dem Alten Testament begegnet.

### *IV. Zu einigen Entwicklungen der südafrikanischen Krisenszenarios*

Sowohl zunehmende Militanz der sehr viel radikaler gewordenen schwarzen Opposition als auch die aus ideologischer Verblendung, nacktem Rassismus sowie der einer jeden Minderheit mehr oder weniger eigenen Existenzangst geborene Trotzhaltung der Weißen äußern sich heute hier und da in Terror. Hier sind der

8) S. u. a. Beeld (Johannesburg) vom 4. März 1980 und 9. Januar 1981; Rapport (Johannesburg) vom 30. März 1980, S. 20.

*African National Congress* (ANC) und wohl auch der *Pan Africanist Congress* (PAC), dort die *Afrikaner Weerstandsbeweging* wie auch das von faschistischen Einwanderern aus (nicht-deutschsprachigen!) Ländern Westeuropas gestellte *Wit Kommando* aktiv. Darüber hinaus ist, in den Augen der Mehrheit der schwarzen Südafrikaner, das gesamte sie unterdrückende Regierungs- und Verwaltungssystem nichts anderes als institutionalisierter Terror.

Die von allen repräsentativen schwarzen Organisationen boykottierten Feierlichkeiten zur 20. Wiederkehr des Tages, da sich Südafrika, unter Ausscheiden aus dem Commonwealth, zur Republik erklärte, haben Mitte 1981 zweierlei deutlich gemacht: das schwarze Südafrika ist jederzeit zu terroristischen Anschlägen auf Verkehrsanlagen, Polizei- und Rekrutierungsbüros, wichtige Industrieunternehmen, Kraftwerke usw. in der Lage. Das weiße Südafrika ist aber, ohne sonderliche Mühen, bis auf weiteres in der Lage zu unterbinden, daß daraus eine Situation entsteht, bei der Pretoria Gefahr läuft, die Kontrolle über Teile des Landes zu verlieren. Mit anderen Worten, es wird noch sehr lange dauern, bis auf dem Church Square zu Pretoria das Bildnis von (»Oom«) Paulus Krüger durch das des seit über 15 Jahren auf Robben Island eine lebenslängliche Haftstrafe verbüßenden ANC-Vorsitzenden Nelson Mandela ersetzt werden wird.

Besonders spektakulär waren die Mitte 1980 vom ANC unternommenen Anschläge auf die in Sasolburg und Secunda/Transvaal gelegenen Kohleverflüssigungsanlagen Sasol I und II, den Symbolen weißafrikanischen Widerstandswillens gegen mögliche Wirtschaftssanktionen. Darauf antworteten die südafrikanischen Streitkräfte Ende Januar 1981 mit einem Angriff auf ein ANC-Büro in Matola/Maputo (Mozambique). In der Folgezeit wurde abermals deutlich, wie unüberbrückbar tief der Graben zwischen schwarzen und weißen Südafrikanern geworden ist: Jede politisch auch nur halbwegs relevante Gruppe der Weißen billigte diese Aktion als eine solche zulässiger Selbstverteidigung. Die Schwarzen aber, ob nun gemäßigt oder militant, verurteilten sie einhellig. So veranstalteten schwarze Südafrikaner in einer ihrer katholischen Kirchen (Regina Mundi/Soweto) einen Gedenkgottesdienst zu Ehren der von den Regierungsstreitkräften getöteten, in Matola getöteten ANC-Angehörigen. Wer den Weißen Terrorist ist, ist den Schwarzen Bote der Freiheit! Im Februar 1981 rissen dann auch mehr oder weniger alle jene teil offiziösen Kontakte ab, bei denen einige Jahre zuvor repräsentative Schwarze und Weiße versucht hatten, gemeinsam die Probleme ihres Landes zu diskutieren.

Hier und da werden eilige Besucher Südafrikas den Eindruck gewinnen, das schwarze Südafrika sei heute weniger revolutionär gestimmt als zur Zeit der großen, jedoch an der weißen Übermacht gescheiterten Aufstände von 1976/77 *(»Soweto«)*. Sie erfahren eben neben vielem anderen nicht, daß die weißafrikanische Regierung inzwischen auch ihre Streitkräfte zu Razzien in den Städten des schwarzen Südafrikas einsetzt. Deren Aufmerksamkeit wird vornehmlich den *»Soweto graduates«* gelten, die häufig als ganz junge Menschen die Geschehnisse von 1976/77 geprägt hatten *(»Kreuzzug der Kinder«)*, dann später im Ausland ein

militärisches Training erfuhren und jetzt als Angehörige der in Südafrika selbst wohl erst im Aufbau befindlichen Guerilla-Armeen *Umkhonto we Sizwe* (des *African National Congress*/ANC) bzw. *Poqo* (des *Pan Africanist Congress*/PAC) zurückkehren.

Noch äußert sich der ständig militanter werdende schwarze Widerstand aber, außer im kirchlichen Bereich, vor allem in Streiks und im Boykott des Unterrichts an schwarzen und gemischtrassigen Schulen sowie Universitäten. Bekanntlich haben die aufgrund der Empfehlungen der Wiehahn-Kommission ergangenen Gesetze in den letzten Jahren sehr zur Stärkung der rechtlichen Position schwarzer Gewerkschaften geführt. Diese sind, gewiß entgegen den Absichten der Reformer um Nic Wiehahn, inzwischen längst in eine auch im Politischen sehr wichtige Rolle hineingewachsen. So wurden 1979 bis 1981 zahlreiche Streiks außer zur Durchsetzung von Lohnforderungen, mit dem Ziel politischer Veränderungen ausgerufen[9]). So außerordentlich wichtig alle diese Streiks gerade auch für das politische Gefüge Südafrikas sind, so sollte bei ihrer Bewertung doch zweierlei nicht übersehen werde: Es gibt keine Solidarität zwischen weißen und schwarzen Arbeitern. Und dort, wo sie überhaupt vorhanden ist, erscheint die Solidarität zwischen schwarzen Arbeitern einerseits und gemischtrassigen sowie indienstämmigen Arbeitern andererseits nicht selten brüchig.

Eine dieser gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen verdient besondere Beachtung. Denn trotz der sehr niedrigen Zahl der hier Streikenden sorgte der Arbeitskampf der allesamt bei mehr oder weniger liberalen Zeitungen *(»Post«, »The Star«, »Rand Daily Mail«)* beschäftigten Mitglieder der *Media Workers Association of South Africa* für erhebliches Aufsehen. Hier ging es nicht nur darum, bei den Zeitungseignern die Anerkennung der Mwasa als unabhängige Gewerkschaft der Schwarzen durchzusetzen. Mwasa bestand nämlich auch darauf, daß ihre Mitglieder, um ihren später gebannten Präsidenten Zwelakhe Sisulu zu zitieren, entsprechend ihrem Selbstverständnis als *»Propagandisten der Revolution«* arbeiten könnten.

Einzelne dieser und anderer Streiks wurden von Teilen der Bevölkerung dadurch unterstützt, daß diese sich weigerten, Produkte von bestreikten Unternehmen (Fattis and Monis/Bellville u. a.) zu kaufen. Auch bei diesen Maßnahmen geht es letztlich darum, einen Beitrag dazu zu leisten, das bestehende System durch eine neue, aus der Revolution heraus geborene Ordnung zu ersetzen. Nichts anderes gilt für die zahllosen Streiks schwarzer und gemischtrassiger Schüler und Studenten. Immer noch gilt, was Richter Petrus Cillié im Februar 1980 in seinem offiziellen Bericht über *»Soweto«* feststellte: *». . . die Offiziellen glaubten, daß Agitatoren hinter all dieser Aufruhr stünden . . . sie waren sich nicht darüber im klaren, daß die Schüler so unzufrieden waren, daß sie leicht rebellisch werden konnten . . .«*. Hier setzen sich die Unterdrückten gegen ein Erziehungssystem zur

9) S. dazu die sehr lesenswerten Beiträge in: South African Labour Bulletin (Durban) Nr. 2–3/1980 und Nr. 5/1980.

Wehr, von dem sie mit guten Gründen meinen, daß es maßgeblich zur Perpetuierung der ihnen verhaßten Ordnung beiträgt.

*1. Zu den politischen Vorstellungen schwarzer Südafrikaner*

Nur sehr wenige schwarze Verantwortliche sind heute noch bereit, sich im Gespräch mit Ausländern oder weißen Südafrikanern zu verfassungsrechtlichen Kompromißformeln zu äußern. Wichtigster Vertreter dieser allerdings erstaunlicherweise immer noch vorhandenen Gruppe der Gemäßigten ist der der PFP eng verbundene Präsident der Befreiungsbewegung INKATHA, Gatsha Buthelezi. Anders als die weitaus meisten seiner sehr zahlreich gewordenen Kritiker im In- und Ausland schätzt er den Selbstbehauptungswillen der um das Afrikanerdom gescharten ca. 4,5 Mio weißen Afrikaner zutreffend ein. So äußerte er etwa in einer Ansprache vor dem Nationalen Kirchenrat in New York »*Ich kenne die Realität weißer Macht besser als die meisten. Ich kenne besser als die meisten die Bereitschaft der Weißen, die Erde in der elften Stunde zu verbrennen und bei der Verteidigung dessen zu sterben, was nicht zu verteidigen ist.*« [10]) So fungiert Buthelezi nach wie vor als Vorsitzender der seinen Namen tragenden Kommission, die sich, im Politischen allerdings bislang ohne nennenswerten Erfolg, um die Erarbeitung einer neuen Ordnung für Natal bemüht, die für das übrige Südafrika Modellcharakter haben könnte. Gesucht wird nach einem verfassungsrechtlich zu verankernden Schlüssel der Aufteilung staatlicher Macht auf die in dieser südafrikanischen Provinz lebenden schwarzen, weißen und indienstämmigen Südafrikaner (»*Konkordanz-Demokratie*«). Die Arbeit der Buthelezi-Kommission wird nicht dadurch erleichtert, daß die in Natal lebenden, ganz überwiegend englischsprachigen Weißen entgegen einer weitverbreiteten Mär im Grunde nicht einen Deut liberaler sind als die im Oranje-Freistaat und in Transvaal lebenden afrikaanssprachigen Weißen.

In den städtischen Zentren des schwarzen Südafrikas werden wohl nur sehr wenige der Arbeit dieser Kommission ihr Augenmerk schenken. So sprach Nthato Motlana, Vorsitzender des sehr bedeutenden »*Komitee der Zehn*«/Soweto, gewiß für sehr viele seiner schwarzen, allerdings nicht braunen Landsleute, als er kürzlich kund tat:»*Und andere sprechen von der überkommenen Vorstellung eines qualifizierten Wahlrechts . . . Vor kurzem wurde auch die Möglichkeit einer konkordanzdemokratischen Ordnung angesprochen, und einige Anhänger verschrobener Ideen haben alle Arten von Plänen veröffentlicht, nach denen das Land so geteilt werden soll, daß die Schwarzen mehr als jene 13 v. H. des Landes bekommen, die ihnen die Regierungspolitik zugesteht. Aber alles das ist irrelevant und nicht der Rede wert.*« [11]) Hier wird der Erwartung Ausdruck gegeben, der Mehr-

10) Nach »Christian Perspectives of the Black Liberation Struggle« in: South African Outlook (Rondebosch) September 1979, S. 134–138 (137).

11) Nach »Perceptions of Change/ . . .« in: Frontline (Johannesburg) Mai 1980, S. 22–23 (22).

völkerstaat Südafrika werde in absehbarer Zeit den Weg der früheren europäischen Siedlerkolonien Mozambique, Algerien, Kenia, Zambia, Zimbabwe, Angola (und SWA/Namibia) gehen; mit anderen Worten, gefordert wird »*One Azania*« (d. i. Südafrika), »*one nation*«. Hier macht sich niemand mehr Gedanken um die Fragen des Minderheitenschutzes.

Es bedarf übergroßer Naivität um anzunehmen, daß in einer solchen Volksrepublik Azania noch Platz für die weißafrikanische Nation und die beiden braunafrikanischen Minderheiten sein wird. Sie würden vielmehr vertrieben oder liquidiert werden. Das wird von jungen schwarzen Südafrikanern heute auch durchaus hier und da zugegeben: Sie sprechen von den Weißafrikanern nur noch als »*Siedlern*« oder »*Buren*«. Es steht also zu befürchten, daß viele Anhänger der mächtig gewordenen militanten Gruppen der Schwarzen erst durch das Erleben der großen Katastrophe dazu gebracht werden, über Kompromißformeln nachzudenken und an ihrer Implementierung mitzuwirken.

## 2. *Von der Unfähigkeit des weißen Südafrikas zum politischen Wandel*

Wie oben bereits kurz angedeutet wurde, kann die Reaktion des weißen Südafrikas auf den sich immer lauter und zorniger zu Wort meldenden Protest der Unterdrückten niemanden ermutigen. Es bewirkt eben kaum etwas, wenn Ton Vosloo, Chefredakteur der seit einiger Zeit immer lesenswerter gewordenen afrikaansen Tageszeitung »*Beeld*« (Johannesburg) feststellt, die Regierung werde auch mit dem ANC (der wohl bei weitem bedeutendsten Befreiungsbewegung) die Zukunft Südafrikas diskutieren müssen[12]). Dasselbe gilt für die immer wieder vorgetragenen Mahnungen Hennie Coetzees, einer der großen Gestalten des Afrikanerdoms, der weiße Afrikaner werde seine Lebensweise grundlegend ändern müssen[13]). Begründete Furcht vor der latent sehr starken *Herstigte Nasionale Party* (HNP) eines Jaap Marais haben P. W. Botha und seine politischen Freunde von der NP während und nach dem letzten Wahlkampf in der ersten Hälfte 1981 eine Sprache führen lassen, die in ihrem reaktionären Grundtenor selbst von der HNP kaum zu übertreffen war. Es wäre sehr überraschend, wenn sich das Kabinett P. W. Bothas, in dem noch dazu, um den Führer der NP von Transvaal Andries Treurnicht versammelt, etliche latente HNP-Mitglieder sitzen, von dieser Linie der »*kragdadigheid*« (Kraftmeierei) und »*baasskap*« (Boßtum) in absehbarer Zeit lösen könnte.

So steht nur zu erwarten, daß demnächst auf der Basis von »*getrennten Wahllisten*« eine begrenzte Zahl von Vertretern der gemischtrassigen (ca. 10 v. H. der Gesamtbevölkerung) und indienstämmigen (ca. 3 v. H.) Südafrikaner in das bislang rein weiße Kapstädter Parlament und anschließend auch in die Regierung in Pretoria einziehen wird. Eine solche Verfassungsreform wird den Herrschenden

---

12) Beeld (Johannesburg) vom 9. Januar 1981 »Soos Swapo, lê die ANC voor«.

13) S. dazu seine in Woord en Daad (Potchefstroom) 1980 unter dem Titel »Bittereinders, Hensoppers, Voortrekkers« erschienenen Beiträge.

um so leichter fallen, als sie wohl Hand in Hand mit der Schaffung des Amtes eines (weißen) Exekutivpräsidenten und einer entsprechenden Entmachtung des Parlamentes gehen wird. Mit anderen Worten, man gibt den beiden braunen Minderheiten staatliche Macht und nimmt sie ihnen sogleich wieder.

Gegenüber den ca. 20 Mio schwarzen Südafrikanern (ca. 71 v. H.) wird Pretoria seine bisherige Politik aber wohl fortführen. Nicht anders als sehr viele schwarze, so werden eben wohl auch die meisten weißen Afrikaner erst dann über politische Kompromisse nachdenken und diese offen diskutieren, wenn die Kosten des südafrikanischen Bürgerkrieges für sie zu hoch geworden sein werden.

So wird jene Politik heute weiter gutgeheißen, nach der im Dezember 1981 als viertes Reservat die Ciskei in die »*Unabhängigkeit*« entlassen werden wird. Und dies, obwohl, mehr noch als Transkei und Bophutatswana, Ciskei (wie auch Venda) mehr Ähnlichkeit mit den im *outback* gelegenen Reservaten australischer *aboriginals* und jenen der nordamerikanischen Indianer hat als mit einem auch nur halbwegs lebensfähigen Staat. »*Die Swart Serp*«, eine Hilfsorganisation für Schwarze, hat Anfang letzten Jahres von (schwarzen) Bewohnern der südafrikanischen Reservate angestellte Berechnungen veröffentlicht, nach denen sie ihren Lebensstandard selbst dann durch die (illegale) Annahme einer Arbeitsstelle im weißen Südafrika erheblich anheben können, wenn sie dessetwegen (Verstoß gegen die Paßgesetze) alljährlich eine mehrmonatige Haftstrafe verbüßen müssen[14]). Ein Arbeiter aus Ciskei, der nach neun Monaten illegaler Tätigkeit in Pietermaritzburg/Natal für den Rest des Jahres inhaftiert wird, kann seine Jahreseinkünfte sogar um über 700 Prozent steigern. So ist es nicht verwunderlich, daß die von den in Zwelitsha, der Hauptstadt Ciskeis, herrschenden Quislingen berufene Expertenkommission zu dem eindeutigen Urteil kam, die übergroße Mehrheit der Bewohner des Reservates lehne dessen Entlassung in die staatliche Unabhängigkeit ab. Gemeinsam mit Pretoria »*korrigierten*« die Quislinge diese empirisch gesicherten Daten allerdings später in einem Referendum.

### *V. Ausblick auf die künftige Entwicklung*

Das wirtschaftlich und strategisch für die westliche Welt so wichtige Südafrika wird nur dann nicht im Chaos versinken, wenn die USA, im Einvernehmen mit den Staaten der EG, Australien, Neuseeland, Japan und einer möglichst großen Anzahl von OAE-Staaten alle Möglichkeiten ausschöpfen, die in Südafrika streitenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Wollen diese Mittlerstaaten ihre Mission nicht von vornherein für gescheitert erklären, so müssen sie allen übergroßen Widerständen zum Trotz Kompromißvorschläge für eine neue staatliche Ordnung der Republik am Kap der Guten Hoffnung erarbeiten. Dazu scheinen die USA unter Chester A. Crocker heute erstmals bereit zu sein.

---

14) S. »Resettlement and Influx – The Grand Design/The Fuse Burns Shorter« in: The Black Sash (Johannesburg) Februar 1980, S. 5–7, 11–13 (5).

Beachtung verdient, daß Crocker in Anknüpfung an eine durch einen Beitrag in der deutschen Zeitschrift »*Außenpolitik*« intensivierte Diskussion südafrikanischer, deutscher, amerikanischer und niederländischer Afrikanisten davon spricht, daß der Ausweg aus dem südafrikanischen Dilemma möglicherweise in einer »*ausgehandelten Teilung*« des Landes (in einen schwarz- und einen weiß-/braun-afrikanischen Staat) zu finden sei.[15]) Sollte es nicht gelingen, eine Einigung der streitenden Parteien herbeizuführen, sollte also der Südafrika-Krieg trotz aller seiner unkalkulierbaren internationalen Implikationen über Jahre währen, so wird eintreten, was der liberale Weißafrikaner Frederik Van Zyl Slabbert vor Jahren zu dem »*Außenpolitik*«-Plan bemerkte: Für die Grenzziehung zwischen den beiden Nachfolgestaaten der heutigen Republik Südafrika werden nicht Wissenschaftler sondern Soldaten verantwortlich sein.[16]) Ähnlich argumentierte kürzlich A. J. Venter: »*Letztlich mag es auch für Südafrika unmöglich sein, für die Vielfalt seiner Bevölkerung durch eine konkordanzdemokratische Ehe die staatliche Einheit zu bewahren. Dann wird eine Art Scheidung (ähnlich der Indiens und Pakistans 1947) vielleicht eine lebensfähige Alternative sein, dies trotz der enormen damit verbundenen Kosten.*«[17])

---

15) Dazu Jürgen Blenck und Klaus Frhr. von der Ropp: »Republik Südafrika: Teilung als Ausweg?« in: Außenpolitik 3/1976, S. 308–324; dies.: »Republic of South Africa: Is Partition a Solution?« in: SA Journal of African Affairs (Pretoria) 1/1977, S. 21–32. Weiter Gavin Maasdorp: »Forms of Partition« in: Robert I. Rotberg and John Barratt »Conflict and Compromise in South Africa«, Lexington u. a., 1980; Klaus Frhr. von der Ropp: »De republiek Zuid-Afrika: een oplossing door deling van de macht of door deling van het land?« in: Internationale Spectator (Den Haag) 2/1981, S. 114–122.

16) Frederik Van Zyl Slabbert and David Welsh: »South Africa's Options/Strategies for Sharing Power«, Kaapstad, 1979, S. 169.

17) A. J. Venter: »Some of South Africa's Political Alternatives in Consociational Perspective« in: South Africa International (Johannesburg) 3/1981, S. 129–141 (141).